Erzgeb. Volksfreund

Tageblatt und Amtsblatt

für die kgl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johanngeorgenstadt, Lößnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildenfels.

Telegramm-Adresse: Volksfreund Schneeberg.
Fernsprecher: Schneeberg 10. Aue 81. Schwarzenberg 19.

Nr. 39. | Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Festtagen. Abonnement monatlich 60 Pfg. Inserate: im Anzeigenteil der Raum der 6gp. Petitzeile 12 Pfg., amtlich entsprechend 15 Pfg., im amtlichen Teil der Raum der 3gp. Garmondzeile 40 Pfg., im Rekl.-Teil die 3gp. Garmondzeile 30 Pfg. | Donnerstag, den 16. Februar 1911. | Inseraten-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 11 Uhr. Ohne Verbindlichkeit für die rechtzeitige Aufnahme der Inserate bis zu den vorgeschriebenen Tagen, Stunden an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebenso wird für die Richtigkeit telefonisch aufgegebener Inserate nicht gebürgt. Unbeglaubigte Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Für Schäden rechtsverbindlicher Mahnschreiben haftet die Redaktion nicht. | 64. Jahrg.

Die Bausprechstunde am Freitag, den 17. d. M. fällt aus.
Zwickau, den 15. Februar 1911. Königliche Amtshauptmannschaft.

Die Mannschaften der Reserve, Marinereserve, Landwehr, Seewehr, Ersatzreserve und Marineersatzreserve sowie die ausgebildeten Landsturmpflichtigen des zweiten Aufgebots, die um ihre Zurückstellung nach § 122 der „Deutschen Wehrordnung" vom 22. November 1888 wegen dringender häuslicher oder gewerblicher Verhältnisse nachsuchen wollen, haben diese Gesuche bei der Ortsbehörde ihres Wohnortes — dem Stadtrate, Bürgermeister, Gemeindevorstande oder Gutsvorsteher — anzubringen. Die Ortsbehörde hat gemäß § 123 der Wehrordnung die Gesuche zu prüfen und eine Nachweisung aufzustellen, aus der nicht nur die militärischen, bürgerlichen und Vermögensverhältnisse der Bittsteller, sondern auch die obwaltenden, besonderen Umstände ersichtlich sind, durch die eine zeitweise Zurückstellung bedingt werden kann.

Diese Nachweisung ist an den mitunterzeichneten **Zivilvorsitzenden rechtzeitig einzureichen.**

Ueber die eingegangenen Gesuche wird die verstärkte Ersatzkommission

I. im Aushebungsbezirke Wiesenburg
am 23. Februar 1911, vormittags ½11 Uhr, im „Gasthofe zum Schloß Wiesenburg" in Wiesenburg,

II. im Aushebungsbezirke Zwickau-Land
am 9. März 1911, vormittags ½11 Uhr, im „alten Schützenhause in Zwickau,

III. im Aushebungsbezirke Zwickau-Stadt
am 22. März 1911, vormittags ½11 Uhr, im „alten Schützenhause in Zwickau,

IV. im Aushebungsbezirke Crimmitschau
am 4. April 1911, vormittags ½11 Uhr, im „Preil'schen Gasthofe" in Leubnitz

Beschluß fassen. Die dabei getroffenen Entscheidungen behalten ihre Giltigkeit nur bis zum nächsten Zurückstellungstermine.

Die Gesuchsteller haben in den gedachten Terminen persönlich zu erscheinen.

Zwickau, den 10. Februar 1911. Nr. 764. I B.

Die Königliche Ersatz-Kommission in den Aushebungsbezirken Wiesenburg, Zwickau-Land, Zwickau-Stadt und Crimmitschau.

Der Zivilvorsitzende. Der Militärvorsitzende.
Dommering, Amtshauptmann. Alfken, Oberstleutnant z. D.

Schneeberg. Städtische Gasanstalt betr.

Wir geben hiermit bekannt, daß wir heute

Herrn Georg Richard Koch,

bisher Betriebsingenieur und Vertreter des Direktors beim städtischen Gaswerk Meerane, als Direktor unseres städtischen Gaswerks verpflichtet haben.

Schneeberg, den 15. Februar 1911. **Der Stadtrat.**
Dr. von Woydt, Bürgermeister.

Lößnitz. Nach Beschluß der städtischen Kollegien ist der gemäß der Haushaltpläne für das Jahr 1911 durch die **städtische Einkommensteuer** zu den städtischen Kassen einschließlich Schul- und Armenkasse aufzubringende Fehlbetrag von rund 65000 Mk. wiederum mit dem Einundzwanzigfachen des einfachen Steuersatzes zu erheben. Steuerentrichtungstermine sind der 15. Februar, Mai, Juli und Oktober.

Nachdem die Behändigung der bezügl. Steuerzettel nunmehr erfolgt ist, sind etwaige **Reklamationen** gegen die Einschätzung oder die Berechnung des Steuerbetrages unter Beobachtung der Vorschriften der §§ 48—51 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juli 1900 bei Verlust des Reklamationsrechts **binnen 3 Wochen** vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an schriftlich und mit Gründen unterstützt unter Angabe der Beweismittel und Beifügung des Steuerzettels bei der unterzeichneten Behörde anzubringen.

Auch wenn Reklamation erhoben worden ist, hat die Zahlung der Einkommensteuer zu den festgesetzten Terminen zu erfolgen, nur wird der zuviel bezahlte Betrag bei erfolgreicher Reklamation zurückvergütet.

Unter Bezugnahme auf §§ 14, 15, 17, 18 des städtischen Anlagenregulativs vom 27. Dezember 1868 mit Nachtrag vom 8. Februar 1895 wird dies hiermit bekannt gemacht.

Lößnitz, am 13. Februar 1911. **Der Rat der Stadt.**

Lößnitz. Unsere **Ratskanzlei** bleibt **Freitag und Sonnabend, den 17. und 18. d. Mts. geschlossen** wegen Ausweißungsarbeiten; das **Meldeamt** bleibt stets geöffnet, in dringlichen **Standesamtssachen** wird an beiden Tagen vormittags 11 bis 12 Uhr expediert.

Stadtkasse, Sparkasse und Steuereinnahme bleiben geöffnet.

Lößnitz, den 14. Februar 1911. 2 **Der Rat der Stadt.**

Aue. Die am 13. dieses Monats unter den Schweinen in der Sanitätsanstalt des städtischen Schlacht- und Viehhofs Aue ausgebrochene Maul- und Klauenseuche ist **erloschen.**

Aue, den 14. Februar 1911. **Der Rat der Stadt.**
— Polizeiabteilung. — Schubert, Stadtrat.

Schulgeld Aue.

Das am **15. Februar 1911** fällige **Schulgeld für Realschule, I. und II. Bürgerschule, Fortbildungsschule und Handfertigkeitsunterricht** ist bis spätestens zum

28. Februar 1911

an unsere Stadtkasse, Stadthaus Zimmer 15, zu bezahlen.

Aue, den 14. Februar 1911. **Der Rat der Stadt.**
Schubert, Stadtrat.

Alberoda. Nachdem die Austragung der **Gemeindeanlagenzettel** für das Jahr 1911 erfolgt ist, werden die Beitragspflichtigen, denen ein Anlagenzettel nicht zugegangen ist, hiermit aufgefordert, sich alsbald bei der Ortssteuereinnahme zu melden.

Reklamationen gegen die Veranlagung sind bis spätestens den 1. März 1911 beim unterzeichneten Gemeinderat schriftlich und mit genauer Begründung versehen einzureichen. Später eingehende Reklamationen haben keinen Anspruch auf Berücksichtigung.

Alberoda, am 14. Februar 1911. **Der Gemeinderat.**
Schettler, Gemeindevorstand.

Holzversteigerung. Carlsfelder Staatsforstrevier.

Dienstag, den 21. Februar 1911, vorm. ½9 Uhr (die Brennhölzer nicht vor 1 Uhr nachm.) Bahnhofsrestauration in Wilzschhaus

15121 m. **Klötze** 7—15 cm stark, 4188 m. **Klötze** 16—22 cm stark,
2910 „ „ 23—29 „ „ 1231 „ „ 30—52 „ „
19/5 rm m. **Nutzknüppel,** 902/5 rm verschied. **Brennhölzer,** 26/5 rm m. **Stöcke,** in Abt. 14, 24, 25, 36, 41, 42, 43, 46, 47, 66 (Kahlschläge), 6, 7, 18, 20, 24, 31, 39, 50, 78 (Einzelhölzer).

Kgl. Forstrevierverwaltung Carlsfeld. Kgl. Forstrentamt Eibenstock.

Am 12. Februar verschied nach kurzem schwerem Leiden

Herr Alfred Kamillo Lampert

Lehrer an der Königlichen Zeichenschule und der Königlichen Spitzenklöppelmusterschule zu Schneeberg.

Die Schulen verlieren in ihm einen hervorragenden Lehrer, der, begeistert für alles Wahre, Gute und Schöne, ausgestattet mit reichem Wissen und hoher künstlerischer Begabung den Lehrern, Schülern und Schülerinnen jederzeit ein Vorbild treuester Pflichterfüllung gegeben, dessen Herz warm schlug für die ihm anvertraute Jugend.

Dem treuen Mitarbeiter und lieben Freunde werden wir immerdar ein ehrendes Gedenken bewahren.

Schneeberg, am 15. Februar 1911.

Das Kollegium der Königl. Zeichenschule für Textilindustrie und Gewerbe und der Königl. Spitzenklöppelmusterschule.

Deutscher Landwirtschaftsrat.

Am gestrigen Dienstag trat in Berlin im Sitzungssaale des Herrenhauses der Deutsche Landwirtschaftsrat, die amtliche Vertretung der deutschen Landwirtschaft, zu seiner diesjährigen, der 39. ordentlichen Hauptversammlung zusammen. Zum Vorsitzenden wurde Graf Schwerin-Löwitz, zu Stellvertretern wurden Freiherr v. Soden (Bayern) und Exzellenz Dr. Meßnert (Sachsen) wiedergewählt.

Nach begrüßenden Worten des Grafen Schwerin-Löwitz entschuldigte der Staatssekretär des Innern, Delbrück den Vizekanzler und hieß namens der Regierung die Erschienenen willkommen. Nach Erledigung der üblichen geschäftlichen Angelegenheiten und Erstattung des Jahresberichts beschäftigte sich die Tagung mit Maßnahmen für die Fleischversorgung der Bevölkerung und der Stellungnahme der Stadtverwaltungen dazu. Der Referent Geheimer Oekonomierat Andrä-Braunsdorf legte dar, daß die bekannten vorjährigen Vorschläge des Landwirtschaftsrats zur Linderung der Fleischteuerung an insgesamt 511 Städte des Deutschen Reichs gesandt worden seien mit dem Ersuchen, von etwaigen Maßnahmen auf diesem Gebiete Mitteilung zu machen. Geantwortet hätten nur 168 Städte, von denen jedoch 81 in Erörterungen des Themas eingetreten seien. Dieses außerordentlich geringe Interesse, das danach die Städte dieser wichtigen Frage entgegenbrächten, sei recht bedauerlich. Der Referent kam zu dem Schlusse, der Deutsche Landwirtschaftsrat möge erneut zu der Frage Stellung nehmen und sich vor allem dahin aussprechen, daß die Reichsregierung und die Bundesregierungen, sowie die anderen gesetzgeberischen Faktoren dafür sorgen möchten, daß vor allem die Rindviehzucht, aber auch die gesamte Viehzucht im allgemeinen durch eine richtige Gesetzgebung so geschützt werde, daß sie niemals ernstlich gestört werden könne, was ja durch Einschleppung von Seuchen aus dem Auslande oder durch eine falsche Zollpolitik sehr leicht geschehen könnte. Unkummen von geleisteter Arbeit und Kapital gingen wieder verloren zum Schaden der gesamten Bevölkerung Deutschlands. Schließlich liege es in der Hand des Publikums, besonders der städtischen Bevölkerung, der Kommunalverwaltungen und der Bundesregierungen, eine Anzahl verteuernder Momente von vornherein auszuschalten. Daß die städtische Bevölkerung hier ebenfalls mit durch die Wahlen geeigneter Vertreter zu Stadtverordneten helfend eingreifen könne, sollte besonders betont werden. — Der Referent faßte seine Darlegungen in mehrere Anträge zusammen, die im wesentlichen folgendes besagen: Die deutsche Landwirtschaft ist den erhöhten Anforderungen an die Versorgung des inländischen Fleischmarktes nicht-